

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 65.

Paderborn, 31. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Prinz von Preußen; Dr. Schütte; Frankfurt (Ausruf an das deutsche Volk; Reichstatthalterhaft; Truppen nach Mainz; Großherzog von Baden); Münster (Landwehr); Köln Truppenmärsche); Karlsruhe (vorige Zustände); Stuttgart (Ministerium); München (die pfälzischen Abgeordneten); Rassel (Truppen nach Frankf.); Altona (Gen.-Lieutenant Brittwik); Wien (ungarischer Krieg).
Italien. (Nachrichten von Rom).
Frankreich. Paris (Barrot, Bugeaud).
England (Kurse &c.).
Spanien. (Expedition nach Rom).
Indien. (Siegesberichte der Engländer).
Vermischtes.

Deutschland.

Berlin. 28. Mai. Vor dem Palais des Prinzen von Preußen ereignete sich gestern Vormittag ein Vorfall, der in der Stadt viel von sich reden macht. Der Wagen des Prinzen hielt vor dem Palais und eine Gruppe von etwa 50 Neugierigen umgab denselben. Der Prinz trat aus dem Palais und grüßte, wie es Prinzen und Prinzessinnen hier stets zu thun pflegen, in militärischer Form. Obgleich der Gruß nicht erwidert wurde, so wiederholte der Prinz denselben dennoch, als er in den Wagen gestiegen war und dieser abfuhr. Auch diesmal erfolgte kein Gegengruß. Plötzlich hält der Wagen und der Prinz winkt einen Mann aus der Menge, die den Wagen umstanden hatte, zu sich heran. Dieser, dem Ansehen nach ein Handwerker, näherte sich, die Cigarre im Munde und nur den Hut ein wenig lüftend, dem Wagen. Mit sichtlich unterdrückter Heftigkeit redet ihn der Prinz an: „Ich habe zweimal gegrüßt, können Sie nicht danken? daß mir so etwas nicht wieder vorkomme!“ Der so Angeredete entgegnete: er halte es damit nach seinem Belieben, Niemand könne ihn zum Gegengruß zwingen. Der Wagen fuhr hierauf weiter.

Dr. Schütte hatte in Folge der kürzlich gegen ihn verfügten Ausweisung eine längere Unterredung mit Herrn v. Manteuffel, in deren Folge sein Verbleiben in Berlin ungehindert stattfinden kann.

Frankfurt. 26. Mai. Folgendes ist der Wortlaut der von der Reichsversammlung in ihrer 228. Sitzung angenommenen Proklamation:

„Die deutsche National-Versammlung an das deutsche Volk. Die National-Versammlung fühlt sich gedrungen, an das Volk, von dem sie gewählt ist und das sie in seiner wichtigsten Angelegenheit zu vertreten hat, über ihre neueste Stellung aufklärende und aufmunternde Worte zu richten. Diese Stellung ist eine so schwierige geworden, daß es wohl das Ansehen gewinnen möchte, als stände die verfassunggebende Versammlung ihrer Auflösung nahe, als müßte eben damit das von ihr mühsam zu Ende geführte Verfassungswork in Scherben gehen, als sollte der gewaltige Strom der deutschen Volksbegeisterung kläglich im Sande verrinnen. Die Schwierigkeiten, die sich vor uns aufthürmen, kommen theils von Außen her, durch den Widerstand der fünf mächtigsten Einzelregierungen und nun auch der von uns selbst ins Leben gerufenen Centralgewalt gegen die Durchführung der endgültig beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung, theils aber und zumeist noch aus unserer Mitte, durch den massenhaften Austritt derjenigen Mitglieder, die entweder dem Abruf ihrer Regierungen folgen zu müssen vermeinten oder am Gelingen des Werkes und an allem fruchtbaren Fortwirken der Versammlung verzweifelten. Diesen Hindernissen zum Troste glauben wir noch immer unsern Bestand und die uns anvertraute Sache aufrecht erhalten zu können; wir setzen der Ungunst der Verhältnisse diejenige Zähigkeit entgegen, die schon manchmal zum endlichen Siege geführt hat. Den Regierungen, deren Staatsweisheit im vorigen Jahre so machtlos und rathlos, so gänzlich erstarrt war, daß sie jene siebenzehn Vertauens-

männer am Bunde auffordern mußten, die Initiative eines Verfassungsentwurfs zu ergreifen, und die, nachdem sie wieder warm geworden, uns nicht bloß Vereinbarung anstinnen, sondern sogar die Octroyierung in Aussicht stellen, ihnen halten wir beharrlich den schon im Vorparlament geltend gemachten, dann im Anfang unserer Verhandlungen feierlich ausgesprochenen und fortan thatsächlich behaupteten Grundsatz der National-Souveränität entgegen; wir lehnen uns an diejenigen, wenn auch minder mächtigen Staaten und ihre Bevölkerungen, welche die Beschlüsse unserer Verfassung für rechtsbeständig anerkannt haben. Die neuesten Erfahrungen haben schlagend bewiesen, daß aus einer Vereinbarung von 39 Regierungen unter sich und mit der Nationalvertretung, dazu noch mit allen Landesversammlungen, niemals eine Reichsverfassung hätte hervorgehen können, und daß die National-Versammlung, selbst gegen eigene Neigung, das Verfassungswork in die Hände hätte nehmen müssen, wenn es überhaupt zu Stande kommen sollte. — Gegenüber der durch unser Gesetz vom 28. Juni v. J. geschaffenen provisorischen Centralgewalt, welche jetzt, da es gälte, die auf Durchführung der Verfassung gerichteten Beschlüsse zu vollziehen, sich dessen weigert und ein Ministerium am Ruder läßt, dem die Versammlung ihr Vertrauen alsbald abgesagt hat, ist in unserer Sitzung vom 19. Mai, noch vor dem großen Austritt, beschloffen worden, daß die Versammlung sofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürsten, einen Reichstatthalter wähle, welcher vorerst die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ausübe. Damit glaubte man auch für die Zeit des Ueberganges dem Sinne der Verfassung selbst am nächsten zu kommen. Endlich der durch Massenaustritt dem Bestande der National-Versammlung erwachsenen Gefahr suchten wir durch den gestrigen Beschluß zu begegnen, daß schon mit 100 Mitgliedern (statt früher angenommen 150) die Versammlung beschlußfähig sei; nicht als ob wir eine so stark herabgeschmolzene Zahl für keinen Uebelstand ansähen oder dadurch den Sieg einer ausharrenden Partei erzwingen wollten; sondern darum, daß nicht das letzte Band der deutschen Volkseinheit reiße, daß jedenfalls ein Kern verbleibe, um den bald wieder ein vollerer Kreis sich ansetzen könne. Noch sitzen in der Paulskirche Vertreter fast aller deutschen Einzelstaaten, und gerade diejenigen Staaten sind noch immer namhaft vertreten, deren Abgeordnete zurückberufen wurden, Preußen, Oestreich und Sachsen. Eine bedeutende Zahl von Mitgliedern ist nur zeitig abwesend, und es soll für ihre Einberufung gesorgt werden; durch Stellvertreter und Nachwahlen ist für Abgegangene Ersatz zu erwarten. Sollte aber auch nicht der erste Ruf des Vaterlandes seine Kraft bewahren, so gedenken wir doch, wenn auch in kleiner Zahl und großer Mühsal, die Vollmacht, die wir vom deutschen Volke empfangen, die zerfetzte Fahne, treugewahrt in die Hände des Reichstages niederzulegen, der nach den Beschlüssen vom 14. d., am 15. August zusammentreten soll, und für dessen Volkshaus die Wahlen am 15. Juli vorzunehmen sind. Selbst aus diesen Beschlüssen ist ein Eingriff in die Regierungsrechte herausgefunden worden, während sie eben dadurch unvermeidlich waren, daß vom Inhaber der provisorischen Centralgewalt kein Vollzug zu erwarten stand. — Für diese Bestrebungen, die National-Vertretung unerloschen zu erhalten und die Verfassung lebendig zu machen, nehmen wir im verhängnißvollen Augenblicke die thätige Mitwirkung des gesammten deutschen Volkes in Anspruch. Wir fordern zu keinem Friedensbruche auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg schüren, aber wir finden in dieser eisernen Zeit nöthig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt dastehe, um, wenn sein Anrecht auf die Verfassung und die mit ihr verbundenen Volksfreiheiten gewaltsam bedroht ist, oder wenn ihm ein nicht von seiner Vertretung stammender Verfassungszustand mit Gewalt aufgedrungen werden sollte, den ungerechten Angriff abweisen zu können; wir erachten zu diesem Zwecke für dringlich, daß in allen der Verfassung anhängenden Staaten die Volkswehr schnellig und vollständig hergestellt und mit ihr das stehende Heer zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung verpflichtet werde. Außerdem